



>> NEWSLETTER AUS MADRID

>> *Flüchtlingskrise auf den Kanaren eskaliert*



Nachdem in den vergangenen zwei Wochen über 2000 Flüchtlinge aus Schwarzafrika mit offenen Booten die Kanarischen Inseln erreicht haben, gab die kanarische Regionalregierung bekannt, dass die Situation außer Kontrolle geraten sei. Seit Beginn des Jahres sind nach Zeitungsmeldungen damit rund 7.500 Flüchtlinge illegal angelandet, fünf Mal soviel wie im Vorjahreszeitraum. Die Kapazitäten der Auffanglager sind längst überschritten, die Versorgung der Flüchtlinge bereitet größte Schwierigkeiten; Polizei, Grenzschützer sowie medizinisches Personal arbeiten seit Wochen am Rande ihrer physischen Leistungsfähigkeit.

Nach heftiger Kritik der kanarischen Behörden an der Regierung in Madrid räumte nun die stellvertretende Ministerpräsidentin María Teresa Fernández de la Vega das Versagen der Regierung bei der Bekämpfung der illegalen Einwanderung ein. Die Regierung in Madrid hat nun die EU um sofortige Unterstützung gebeten, um die Außengrenzen Spaniens mit zusätzlichem Personal und weiterer Ausrüstung zu schützen. Darüber hin-

aus will Spanien künftig Satellitenaufklärung einsetzen, um Flüchtlingsboote frühzeitig aufzuspüren und rechtzeitig Rettungsaktionen per einleiten zu können.

Die Grundlagen der spanischen Einwanderungspolitik seien „mehr Sicherheit und Kontrolle in der Überwachung, mehr diplomatische Kooperation, mehr humanitäre Hilfe und mehr Europa“, betonte Fernández de la Vega und kündigte einen Drei-Jahres-Plan an, der Hilfsmaßnahmen insbesondere für Mali und den Sudan sowie weitere schwarzafrikanische Länder vorsieht, um den Zustrom einzudämmen. Spanische Sonderbotschafter sollen in sechs Länder Afrikas entsandt werden, um mit den dortigen Regierungen über die Koordinierung einzelner Maßnahmen zu verhandeln. Insbesondere sollen potenzielle Flüchtlinge, die vor allem aus Niger, Guinea und Mali stammen, dazu motiviert werden, in ihren Heimatländern zu bleiben. Die spanische Regierung kündigte zwischenzeitlich an, groß angelegte Rückführungsaktionen durchzuführen; doch gegenwärtig werden die meisten Flüchtlinge wegen völliger Überfüllung der Auffanglager auf den Kanaren aufs spanische Festland verbracht und freigelassen.

Bisher konnten lediglich 200 illegale Einwanderer rückgeführt werden.

>> **Kein nationales Referendum zu Kataloniens Autonomiestatut**



Das spanische Parlament lehnte mit den Stimmen der Sozialisten und der Regionalparteien erwartungsgemäß einen Antrag der oppositionellen Volkspartei ab, der zum Ziel hatte, das Autonomiestatut einer landesweiten Volksbefragung zu unterziehen. In der Antragsbegründung der PP hieß es, durch die Neufassung des Statuts werde Spanien in seiner verfassungsmäßigen Zusammensetzung verändert. Somit sei ganz Spanien betroffen. Außerdem hätten sich vier Millionen Spanier an der Unterschriftenaktion der PP für ein Referendum beteiligt. Dies verdeutliche, dass die Regierung von Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero den Willen des spanischen Volkes nicht respektiere. Nach der Abstimmung über den abgelehnten Antrag der PP machte Oppositionsführer Mariano Rajoy nochmals deutlich, dass er das Verfahren über das katalonische Autonomiestatut für die „Laune einer desorientierten Regierung halte, die ihren Partner schmeicheln möchte“. Es werde sich zeigen, dass die Reform, die hinter dem Rücken der Menschen in Spanien verhandelt wurde, zum Zerfall der Verfassung von 1978 führen werde.

Dadurch werde die Eigenstaatlichkeit Spaniens gefährdet und die Effizienz des Staates geschmälert, so Rajoy. Prompt erwiderte PSOE-Sprecher Diego Lopez Garrido, Rajoy's Forderung eines nationalen Referendums sei die „Laune einer desorientierten Opposition, die es sich zur Aufgabe gemacht habe, die Regierung zu Land, See und in der Luft zu bekämpfen“.

>> **Auftakt der Kampagne zum Referendum in Katalonien**

Gemeinsam mit dem katalanischen Regionalpräsidenten Pasqual Maragall eröffnete Regierungschef José Luis Rodríguez Zapatero in Girona die Kampagne zum Referendum über das neue katalanische Autonomiestatut am 18. Juni in Katalonien. Zapatero bat die 2000 PSOE-Anhänger um eine „massives Ja“ zum neuen Statut. Damit könne man zeigen, dass die PP-Argumente gegen die Autonomie-reform falsch gewesen seien, so der Regierungschef. Zapatero bezeichnete den neuen Text als das „beste Statut der Geschichte“; es sei genau das, was Katalonien gebraucht habe, so Zapatero weiter.



Indessen ist ein heftiger Parteienstreit um die Kampagne der katalanischen Sozialisten (PSC) zu dem Referendum ausgebrochen. Die PSC hatte mit dem Slogan "Die PP nutzt Euer Nein gegen Katalonien" die Referen-

rendungskampagne zum neuen Autonomiestatut eröffnet. PP-General-



sekretär Angel Acebes (Foto) nannte die Aktion "beleidigend, verleumderisch, falsch, manipulatorisch und faschistisch" und drohte mit rechtlichen

Konsequenzen, falls die PSC ihre Kampagne gegen die PP nicht einstelle. Eine solche Kampagne sei „abstoßend“ und widerspreche in jeglicher Hinsicht dem Demokratieverständnis, kritisierte Acebes. In Zapateros Spanien würde die Opposition verhaftet und beleidigt, die Wahlgesetze gebrochen und nun betreibe sie auch noch Verleumdung und üble Nachrede gegen die PP. Acebes kritisierte auch die offizielle Kampagne der katalanischen Regionalregierung, die öffentliche Gelder einsetze, um für das „Ja“ zu werben. Die Regierungskampagne dürfe laut Gesetz nur für die Beteiligung am Referendum werben, nicht aber für die Annahme des Statuts.

Knapp einen Monat vor dem Referendum rechnet niemand damit, dass die Autonomiereform in der Volksbefragung abgelehnt werden könnte. Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts CEO wollen sich 49,9 Prozent der Befragten für die Annahme des Statuts aussprechen. Nur 13,2 Prozent beabsichtigen, mit „nein“ zu stimmen. 68,2 Prozent wollen sich am Referendum beteiligen. Vor diesem Hintergrund gilt die Annahme als sicher.

>> **Neuwahlen in Katalonien: Das politische Aus für Maragall?**

Interessanter als das Ergebnis des Referendums in Katalonien scheint die Frage, wie sich die politische Konstellation nach dem 18. Juni entwickeln wird. Während Regionalpräsident Pasqual Maragall (Fo-



to) sich eine Hintertür offen halten möchte, um nach den vorgezogenen Wahlen im Herbst 2006 eine Neuaufgabe der Koalition zwischen Sozialisten, ERC und Grünen zu versuchen, wird in den Reihen der Sozialisten bereits über die Ablösung Maragalls spekuliert. Damit würde der Weg für einen Wunsch Kandidaten Zapateros frei werden. Dieser könnte dann eine Koalition mit der liberal-konservativen CiU schmieden, die sich dann auch auf die nationale Ebene übertragen ließe.

Ein erster Personalvorschlag liegt bereits auf dem Tisch. So schlug PSC-Sprecher Miquel Iceta Zapateros Industrieminister und PSC-



Generalsekretär, José Montilla (Foto), als PSC-Spitzenkandidaten vor, falls Maragall sich entscheiden sollte, nicht mehr zu kandidieren.

Montilla, so Iceta, sei ein "selbstbewusster und aufrechter Mann", den Katalonien gebrauchen könnte. Es kämen zwar auch weitere gute Kandidaten, wie die Landesminister Antoni Castells und

Montserrat Tura in Frage, aber Montilla habe die besten Aussichten, neuer Regionalpräsident zu werden, sagte Iceta.

Auch Ministerpräsident Zapatero scheint Montilla als Spitzenkandidat für die katalanischen Sozialisten zu favorisieren. Doch will Zapatero Spekulationen zufolge erst abwarten, um Montillas Chancen auszuloten. Umfragen sehen gegenwärtig einen Vorsprung der CiU vor den Sozialisten. Die CiU, die zwischen 1980 und 2003 unter dem charismatischen Jordi Pujol regierte, hat bereits angedeutet, nach einem Wahlsieg im Herbst mit den Sozialisten koalieren zu wollen.

>> **Spanier skeptisch gegenüber ETA-Waffenruhe**

Nach einer Umfrage des regierungsnahen Meinungsforschungsinstituts CIS, die am vergangenen Freitag veröffentlicht wurde, stehen 54 Prozent der Spanier der am 22. März verkündeten dauerhaften Waffenruhe der ETA skeptisch gegenüber und glauben nicht an ein baldiges Ende der Terrorbande. Allerdings gaben 43 Prozent der Befragten an, hinsichtlich der Einhaltung der Waffenruhe optimistisch zu sein. Insgesamt 49 Prozent der Spanier sind der Ansicht, die Waffenruhe werde wahrscheinlich nicht zu einer endgültigen Niederlegung der Waffen durch die ETA führen. Auch Spaniens neuer Innenminister, Alfredo Perez Rubalcaba (Foto), stellte trotz „viel versprechender Indizien für einen dauerhaften Frieden im Baskenland“ den Frie-

denswillen der ETA in Frage. Noch



müsse das Verhalten der ETA kritisch überprüft werden. Anlass dieser Äußerung waren das Interview zweier ETA-Mitglieder

in der baskischen Zeitung *Gara*, welche die Forderung der ETA nach einem unabhängigen Baskenland, der Freilassung "politischer" Gefangener, der Annektierung Navarras und der Legalisierung der Batauna wiederholten, sowie ein französischer Polizeibericht, woraus hervorgeht, dass die ETA keineswegs alle ihre Aktivitäten eingestellt haben soll. Das Interview in der Zeitung *Gara* wurde zwar als Rückschlag empfunden; dennoch möchte Regierungschef Zapatero noch vor dem Referendum am 18. Juni in Katalonien im spanischen Parlament erscheinen, um sich die Autorisierung für Verhandlungen mit der ETA einzuholen, wie jetzt bekannt wurde. Laut Zeitungsmeldungen steht die Regierung bereits in Verhandlungen mit der oppositionellen Volkspartei, um Datum und Format von Zapateros Auftritt im spanischen Parlament abzustimmen und die Unterstützung der PP für den Verhandlungsprozess zu sichern. Überwiegend Zustimmung zum Vorhaben Zapateros kam aus fast allen Lagern des politischen Spektrums. Die liberal-konservative CiU, neuer designierter Partner Zapateros, versprach der Regierung „bedingungslose Unterstützung“ bei der friedlichen Beendigung des ETA-Terrors. Die oppositionelle Volkspartei reagierte

jedoch ablehnend und sprach von einem Nachgeben gegenüber den Erpressungen der ETA. PP-Generalsekretär Acebes sagte, die Forderungen der ETA verdeutlichten, dass die ETA keineswegs bereit sei zu kapitulieren. Stattdessen fordere sie einen „politischen Preis“ für die Niederlegung der Waffen, der inakzeptabel sei. Die Regierung solle sich weder täuschen noch erpressen lassen, sondern zusammen mit der PP die Auflösung der ETA betreiben.

>> Alcaraz erneut AVT-Vorsitzender



Mit 601 zu 43 Stimmen bei 9 Enthaltungen wurde Francisco José Alcaraz (Foto) erneut zum Vorsitzenden des Verbandes der Opfer des Terrorismus gewählt. Alcaraz versprach, sich intensiver den Terroropfern vom 11. März 2004 zu widmen, mit denen es in den letzten 2 Jahren Differenzen gegeben habe. Der neue Vorstand werde für "Erinnerung, Würde und Gerechtigkeit" aller Terroropfer kämpfen, sagte Alcaraz. Der AVT stand in der Vergangenheit immer wieder im Blickpunkt des öffentlichen Interesses, weil er Großdemonstrationen gegen einen möglichen Verhandlungsprozess mit ETA organisierte, in denen die Regierung Zapatero massiv kritisiert wurde. Immer wieder warf Alcaraz der Regierung vor, für das Ende des Terrorismus einen politischen Preis an ETA zahlen zu wollen und damit die Würde

der Terroropfer zu beschädigen. Während die Wiederwahl von Alcaraz von der Regierung mit Unbehagen zur Kenntnis genommen wurde, begrüßte die oppositionelle Volkspartei die Nachricht. PP-Sprecher Ignacio Astarloa gratulierte Alcaraz zur Wiederwahl und lobte den AVT für sein Engagement gegen den Terrorismus. Der AVT zeige mit seinem neuen Weg "Stärke, Einigkeit und Klarheit".

Mit Alcaraz an der Spitze wird der AVT im anstehenden Verhandlungsprozess mit der ETA eine entscheidende Rolle spielen. Unter den "Argusaugen" des AVT wird der Spielraum der Regierung Zapatero für die Verhandlungen erheblich beschränkt werden. Gehen Zugeständnisse an ETA zu weit, sind erneute Massenproteste gegen die Regierung wahrscheinlich. Dass der AVT in der Lage ist, mehrere Hunderttausend Menschen zu mobilisieren, hat der Verband bereits mehrfach unter Beweis gestellt.

>> CIS-Umfrage: Sozialisten weiter vor der PP

Nach der Aprilumfrage des regierungsnahen Meinungsforschungsinstituts CIS liegt die PSOE (40,3 Prozent) von Regierungschef José Luis Rodríguez Zapatero in der Sonntagsumfrage derzeit 2,1 Prozentpunkte vor der oppositionellen Volkspartei (38,2 Prozent). Damit bleibt der knappe Vorsprung der Sozialisten seit Oktober 2005 praktisch unverändert. Bei den letzten Parlamentswahlen im März 2004 hatte die PSOE mit 42,6 Prozent

noch fünf Prozentpunkte vor der PP (37,6 Prozent) gelegen. Seitdem hatte der Vorsprung – insbesondere aufgrund der Autonomiedebatte, – stetig abgenommen. Die jetzt veröffentlichte Aprilumfrage war mit großem Interesse erwartet worden, da man gespannt war, wie sich der ETA-Waffenstillstand und der mögliche Verhandlungsprozess auf die Wählergunst niederschlagen würden. Während bei der Sonntagsumfrage nennenswerte Änderungen ausblieben, verzeichnen die Werte für Zapatero selbst und seine Regierungsarbeit eine aufsteigende Tendenz. Hatte der Regierungschef in der Januarumfrage bei den persönlichen Beliebtheitswerten mit 5,01 Punkten (von zehn) gerade noch eine positive Note erhalten, liegt er jetzt mit 5,39 Punkten klar im positiven Bereich. Oppositionschef Mariano Rajoy (Foto) verschlechterte sich dagegen von



4,1 Punkten im Januar auf 3,97 Punkte und erhält nach dem spanischen Notensystem die Zensur „durchgefallen“. 36,2 Prozent der Befragten werten die Regierungsarbeit inzwischen als „gut oder sehr gut“ (Januar 2006: 28,2 Prozent) und 21,0 Prozent als „schlecht oder sehr schlecht“ (Januar 2006: 25,7 Prozent). Die Oppositionsarbeit qualifizieren dagegen nur 17,8 Prozent der Befragten als „gut oder sehr gut“ (Januar 2006: 15,6 Prozent). 44,9 Prozent bezeichnen sie als „schlecht oder sehr schlecht“ (Januar 2006: 43,5 Prozent).

Angesichts dieser Trendwende zugunsten der Regierung kommen auf die oppositionelle Volkspartei schwere Zeiten zu. Weder die Partei noch ihr Vorsitzender Mariano Rajoy haben es geschafft, sich als glaubwürdige Alternative zur aktuellen Regierung zu etablieren. Zwar befindet man sich in den Umfragen noch auf Augenhöhe mit der PSOE, doch bleibt abzuwarten, wie sich das politische Klima entwickelt, wenn die Aufregung um das katalanische Autonomiestatut nach dem Referendum am 18. Juni in Katalonien abgeflaut ist. Denn gerade aus dieser Debatte hatte die PP einen Eckstein ihrer Oppositionsarbeit gemacht, indem sie vor dem Auseinanderbrechen des Staates und dem Ende der spanischen Nation warnte. Die starke Polarisierung der politischen Landschaft Spaniens im Rahmen dieser Debatte hatte der Regierung Zapatero stark zugesetzt, wovon die PP in den Umfragen profitierte. Tritt dieses zentrale Oppositionsthema in den Hintergrund und gelingt es Zapatero darüber hinaus, den Waffenstillstand der ETA in ein endgültiges Ende des Terrorismus zu verwandeln, bestehen für die Volkspartei wenig Aussichten, die PSOE vor den nächsten Wahlen zu überflügeln. Da zudem alle Anzeichen auf einen Partnerwechsel der Regierung Zapatero weg von der linksnationalistischen ERC und hin zur liberal-konservativen CiU deuten, ist eine Rückkehr in die Regierung mittelfristig wenig wahrscheinlich. Denn selbst, wenn die PP in den nächsten Wahlen knapp

vor den Sozialisten landen sollte, ist ihr mit der CiU der einzig denkbare Partner verloren gegangen, um eine stabile Regierungsmehrheit auf die Beine zu stellen. Und von einer absoluten Mehrheit wie in der zweiten Legislaturperiode von José María Aznar (2000–2004) wagen derzeit nicht einmal die größten Optimisten in der PP zu träumen.

>> **Verwirrung über Boliviens Verstaatlichungspolitik**

Nach der Rückkehr einer spanischen Delegation aus der bolivianischen Hauptstadt La Paz schöpfte die Regierung in Madrid noch die Hoffnung, ein konstruktiver Dialog mit Boliviens Präsidenten Evo Morales (Foto) werde die bilaterale Krise über Boliviens Verstaatlichungspolitik beilegen. Offensichtlich trotz dieser Eindruck, denn kaum befand sich die Delegation wieder auf spanischem Boden, stellte Morales, der kürzlich Spanien als „Strategischen Partner“ bezeichnete, der spanischen Bank BBVA sowie dem Schweizer Versicherungsunternehmen Zürich ein Ultimatum, innerhalb von drei Tagen alle Anteile an den Ölgesellschaften Andina, Chaco und Transredes auszuhändigen. Die Aktien der Gesellschaften sind Bestandteile von Pensionsfonds, welche von der BBVA sowie von der Zürich Versicherung verwaltet werden. Inzwischen hat die BBVA dem



Ultimatum entsprochen und die Anteile vorläufig übergeben. Allerdings hat sie Rechtsmittel dagegen eingelegt.

Irritationen sind vor allem deshalb entstanden, weil die Herausgabe der Anteile ohne Entschädigung der Gegenseite erfolgen soll. Der spanische Wirtschaftsminister Pedro Solbes sprach von „Enteignung“ und nannte das Vorgehen der bolivianischen Regierung „inakzeptabel.“ Außenminister Miguel Angel Moratinos äußerte sich dagegen weniger kritisch und sagte es handle sich lediglich um einen Wechsel des verantwortlichen Managements. Angesprochen auf die Kritik der spanischen Regierung vermerkte Morales, dass niemand enteignet würde. Die Pensionsfonds stellten vielmehr Beiträge bolivianischer Arbeiter dar, welche künftig nicht mehr von einem privaten Unternehmen, sondern vom bolivianischen Staat verwaltet werden sollen.

Impressum:

Konrad Adenauer Stiftung e. V.
Außenstelle Madrid
Inhaltlich Verantwortlich:
Michael Däumer
Zusammengestellt:
Stefan Reith
Manuel Loske
Design: Normann Kreuter
Postanschrift:
Plaza de Castilla, 3, 16-D 2
28046 Madrid, Spanien
Tel: (+34) 91 579 61 86
Fax: (+34) 91 571 86 12
Email: kasmad@gmx.net
Web: www.kas.de/espana